

Zu diesem Heft

Krieg in Europa – Perspektiven aus dem Süden

Der Überfall der russischen Armee auf die Ukraine hat vor allem im globalen Westen eine Neujustierung der Politik ausgelöst. Die „Zeitenwende“ hat lang gehegte Aufrüstungspläne beglaubigt und die Bedeutung von Militärbündnissen, allen voran der NATO, forciert. In kurzer Zeit entstand eine neue hegemoniale Vorstellung von „Normalität“, in deren Licht die alte, zumal in Deutschland vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges viele Jahrzehnte lang gültige nun als illusionär beschrieben und belächelt wird. Inzwischen werden Zweifel an der Positionierung der ukrainischen Regierung gerne mit den Termini *#Westsplaining* und auch *#Eastsplaining* belegt. Die Analogie zum länger geläufigen *#Mensplaining* weist deutlich auf die Stoßrichtung hin: Wer nicht zustimmt, verteidigt die eigene privilegierte Position in einer überkommenen Hierarchie. Die Verortung der Ukraine wie auch anderer osteuropäischer Staaten einschließlich heutiger Mitglieder der NATO als postkolonial liegt dann nicht mehr fern. Allerdings fragt sich, was mit den anderen beiden Himmelsrichtungen in diesem metaphorischen Konstrukt wohl los sein mag.

Zugleich ist nämlich unverkennbar, dass die Normalität in weiten Teilen der Welt immer anders aussah, als sie in dieser Erzählung beschrieben wird. Große Teile Afrikas, aber auch Südost- und Westasiens und Südamerikas waren und sind Schauplätze teils sehr langer kriegerischer Konflikte, teils auch kurz aufflammender Konfrontationen. Die Formen und Inhalte dieser Kriege reichten und reichen ohne Anspruch auf Vollständigkeit von wenigen zwischenstaatlichen Konflikten und oft ganze Regionen erfassenden nationalen Befreiungskriegen bis hin zur gewaltsamen Etablierung der Kontrolle über ressourcenreiche Gebiete, zur Errichtung religiös verbrämter Herrschaftsformen oder zur brutalen Verteidigung bestehender Machtverhältnisse. Das Eingreifen in diese Prozesse seitens westlicher Mächte, aber auch Russlands hat die Konflikte in den letzten Jahren verschärft und wesentlich zu der seit Längerem konstatierten Versicherheitlichung auch der Entwicklungspolitik beigetragen. Entsprechende Debatten führten die meisten, die sich im Westen darum kümmerten, jedoch letztlich abseits des Geschehens.

Diese Sicht der Dinge war immer schon mindestens prekär. Seit dem 24. Februar 2022 lässt sie sich nicht mehr halten. Gleichviel, ob man der

regierungsamtlichen Positionierung traut und die Notwendigkeit einer weitgehenden Unterstützung der militärischen Anstrengungen der Ukraine akzeptiert oder ob man etwa beunruhigt ist durch die Risiken einer nuklearen Konfrontation: der Krieg ist in der Wahrnehmung auch im westlichen Europa nahe gerückt, in der öffentlichen Kommunikation näher als während der Kriege auf dem Balkan vor bald 30 Jahren. Hinzu kommt der flagrante Bruch völkerrechtlicher Grundprinzipien durch die russische Invasion, der Souveränität der Staaten und der Unverletzlichkeit der Grenzen, zentraler Garanten wenigstens einer Einhegung von Konflikten, soweit diese zwischen Staaten ausgetragen werden. Ungeachtet dessen zeigen Staaten gerade in ihren Grenzregimes, dass sie nicht zuletzt Teil einer Ordnung der Gewalt darstellen. Umso wichtiger erscheinen auf nationaler wie internationaler Ebene Regeln, die diese Gewalt einhegen, und hier ordnet sich die Unverletzlichkeit der Grenzen ein. Nicht umsonst hat dies die *Organisation für Afrikanische Einheit* vor 60 Jahren zu einem ihrer Kernprinzipien gemacht, wie der kenianische UN-Botschafter *Martin Kimani* in seiner in diesem Heft dokumentierten Erklärung anlässlich des russischen Überfalls vom Februar 2022 betont.

Nicht von ungefähr nimmt nun die deutsche und westeuropäische Öffentlichkeit irritiert wahr, dass diese Reaktion auf die russische Aggression auf globaler Ebene keineswegs so uniform ist, wie man es vielleicht erwartet hätte. Die Stimmenthaltung nicht weniger Staaten des Globalen Südens in der UN-Generalversammlung oder der offene Widerspruch, auf den die Forderung nach Solidarität mit dem eigenen Vorgehen etwa in der Weigerung der brasilianischen Regierung unter Präsident Lula trifft, Munition für die in die Ukraine gelieferten Gepard-Panzer zu liefern, verweisen auf Möglichkeiten des Umgangs mit der Krise, die in weiten Teilen etwa der deutschen Öffentlichkeit kaum präsent sind. Die West-Ost-Metapher war und ist blind für die übergroße Mehrheit der lebenden Menschen.

Das vorliegende Heft geht einigen der Konsequenzen des Krieges in der Ukraine und der öffentlichen Kommunikation darüber aus der spezifischen Perspektive nach, welche die Sicht aus dem Globalen Süden eröffnet. Dabei kann es um nicht mehr gehen als um Schlaglichter. Dennoch wird deutlich, dass sich nicht nur die Koordinaten verschoben haben, nach denen von Deutschland aus die Welt betrachtet wird, sondern dass in anderen Weltregionen schon längst ganz andere Koordinaten mit westlich geprägten konkurrieren oder im Vordergrund stehen. Dabei spielen unweigerlich historische Erfahrungen mit Kolonialismus, neokolonialer indirekter Kontrolle und regionaler Hegemonialpolitik eine wichtige Rolle.

Die offenkundige Zurückhaltung der meisten Regierungen Afrikas gegenüber den Ansinnen von NATO und G7 zur Unterstützung ihrer Anstrengungen einschließlich der Waffenlieferungen an die Ukraine stellen *Sarah Then Bergh & Siba N'Zatioula Grovogi* in größere Zusammenhänge sowohl des Systems der internationalen Beziehungen als auch besonders der Erfahrungen Afrikas mit Kolonialismus, Diskriminierung und Hegemonialpolitik. Dabei betonen sie die Bedeutung internationaler Prinzipien, wie sie besonders in der Atlantik-Charta und der UN-Charta verankert sind. Deren Geltung wird jedoch untergraben, wenn sie nicht von allen respektiert werden. Die Beziehungen Afrikas zum Westen sind aber gerade wesentlich durch die Erfahrung geprägt, dass westliche Mächte einschließlich kolonialer Akteure wie Frankreich und Großbritannien, teilweise im Verbund mit den USA, verschiedentlich gegen diese unverzichtbaren Prinzipien verstoßen haben. Wie auch das Handeln vieler afrikanischer Regierungen zeigt, bleibt es vor diesem Hintergrund eine ernstzunehmende Option, sich den aktuellen bipolar orientierten oder gar manichäischen Argumentationsweisen zu entziehen und an der durch die Konferenz von Bandung 1955 initiierten Politik der Blockfreiheit festzuhalten. Inhaltlich schließt hier der kurze Beitrag von *Vijay Prashad & Mikaela Erskog* an, die noch stärker die Strategie der USA zur Militarisierung Afrikas und Chinas als alternative Option herausarbeiten.

Aus ähnlicher Perspektive beleuchtet *Raina Zimmering* die Reaktionen in Lateinamerika auf den Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Hier verbinden sich zwei Jahrhunderte hegemonialer Politik der USA mit der Monroe-Doktrin, die mit wenigen Schwankungen den Anspruch der USA auf letztinstanzliche Kontrolle der Hemisphäre begründet. Auch hier ist mit Beginn des Ukraine-Krieges die Konkurrenz gegenüber China und auch Russland deutlich verschärft worden. Zimmering ordnet diese Beobachtungen in einen imperialismustheoretischen Bezugsrahmen ein und gibt einen Überblick über aktuelle Reaktionen und Stellungnahmen lateinamerikanischer Regierungen. Auch dabei spielt die Positionierung als Blockfreie eine wesentliche Rolle. Dies findet u.a. Ausdruck in der Bildung neuer regionaler Zusammenschlüsse unter Ausschluss der USA und Kanadas. Die Auswirkungen der gegen Russland verhängten Sanktionen treffen die lateinamerikanischen Volkswirtschaften hart. Dies verstärkt den Wunsch nach einer schnellen Beendigung des Krieges. Dieser Wunsch hat Ausdruck in einer Reihe von diplomatischen Initiativen gefunden. Zimmering versteht die Politik der untersuchten Staaten als „aktives Non-Alignment“ im Gegensatz zu einer Neutralität, die auch passiv verstanden werden könnte. Die Perspektive des durch eine explizite Doktrin unterfütterten Hegemonieanspruchs legt die grundsätzliche Frage nach geopolitischen Einflusssphären,

Sicherheitszonen oder auch „Hinterhöfen“ nahe, die von großen Mächten beansprucht oder ihnen auch zugestanden werden. Es wird hier deutlich, dass über die Legitimität solcher Ansprüche schwerlich selektiv entschieden werden kann. Wer also das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine hoch hält, müsste für dieses Prinzip auch in der westlichen Hemisphäre oder im Fernen Osten eintreten.

Speziell in Deutschland sind, wie *Charlotte Wiedemann* zeigt, mit dem Krieg gegen die Ukraine Gewissheiten und diskursive Selbstverständlichkeiten ins Rutschen geraten, die unter Verweis auf die Verbrechen des Stalinismus selbst die scheinbar unerschütterliche, geradezu amtliche Überzeugung von der Singularität des Holocaust betreffen. Die zumindest tolerante Betrachtung dieser oft nationalistisch überhöhten Tendenzen kontrastiert deutlich mit der fortdauernden Sanktionierung postkolonialer Bestrebungen einer inklusiven Sicht auch auf die Verbrechen des Kolonialismus und ihre Opfer mit dem etablierten Argument eben der Gefahr einer Relativierung des Holocaust, die jedoch mit dem stärkeren Einfluss von Sichtweisen aus einer postsowjetischen Sphäre zugleich in den Hintergrund gedrängt wird. Gegenüber den vielfältigen Überschreibungen historischer Erinnerung, die sie ins Bewusstsein ruft, beharrt Wiedemann auf der Perspektive eines „planetaren Gemeinwesens“, das auf der Anerkennung einer universell verstandenen Gleichheit und der Gleichwertigkeit eines jeden menschlichen Lebens gegründet sein müsse.

Außerhalb des Schwerpunktes beschäftigt sich *Ilse Lenz* aus einer intersektionalen und postkolonialen Perspektive mit der feministischen Gerechtigkeitsbewegung für die „Trostrfrauen“. Der transnationale Zusammenschluss von Feminist*innen setzt sich für die Anerkennung und Wiedergutmachung des Unrechts der sexuellen Zwangsarbeit ein, das junge Frauen aus Ost- und Südostasien während des Asiatisch-Pazifischen Krieges Japans (1937-1945) durch die Kaiserliche Japanische Armee erfuhren. Lenz adressiert mit ihrem Beitrag eine bedeutende Leerstelle in der feministischen Forschung der *memory studies*. Sie beleuchtet nicht nur einen der bedeutendsten und umfassendsten weltweiten Vorstöße der feministischen Gedächtnisarbeit, der im deutschsprachigen Raum bislang wenig Aufmerksamkeit erfahren hat. Anhand von drei Fallstudien in Südkorea, Japan und Deutschland zeigt sie, wie die Gerechtigkeitsbewegung durch unterschiedliche Strategien und Akteursgruppen im Kontext vielfältiger postkolonialer Konstellationen das kulturelle Gedächtnis in den jeweiligen Gesellschaften maßgeblich prägen konnte. Eine zentrale Rolle für die Schaffung breiter und transnationaler Bündnisse spielen, wie Lenz aufzeigt, die Berücksichtigung intersektionaler Ungleichheiten zwischen den feministischen Aktivist*innen bei gleichzeitiger Anerkennung der Definitionsmacht der „Trostrfrauen“.

Am 1. März 2023 stellte Außenministerin Annalena Baerbock Leitlinien des Auswärtigen Amtes (AA) zur feministischen Außenpolitik vor. *Rita Schäfer* nimmt dafür vorliegende Konzepte in den Blick. Ihr Debattenbeitrag fokussiert auf deren inhaltliche Schwerpunkte und erläutert parteipolitische Kontroversen über feministische außenpolitische Forderungen unter früheren Regierungen. Dabei geht es aber nicht um eine Momentaufnahme der medial viel diskutierten Neuerungen. Vielmehr veranschaulicht ein zeitlicher Längsschnitt der Auseinandersetzungen zwischen demokratischen Parteien im Bundestag die parlamentarischen Prozedere, die von der Fachwelt und der medialen Öffentlichkeit bislang kaum wahrgenommen wurden. Auch Einschätzungen aus der Zivilgesellschaft kommen dabei zur Sprache, die vor allem die mangelnde Beachtung pazifistischer Ziele und die defizitäre Unterstützung von Frauen-/Menschenrechtsaktivist*innen in repressiven Regimen monieren.

Im Januar dieses Jahres erreichte uns ein Rundbrief aus dem Iran. Er geht auf dem Höhepunkt der dortigen Unruhen der Frage nach, welche Hoffnungen mit den Kämpfen vor allem der Frauen, aber auch vieler Männer verbunden waren. Drei Monate später ist es ruhiger geworden, doch der Kampf gegen die Tyrannei ist längst nicht beendet.

Von Erfahrungen Geflohener, mit denen er zusammenarbeitet, erzählt *Dilan Canbaz*. Er schildert als Ich-Erzähler den steinigen Weg eines Menschen, den dieser bei seiner Flucht vor Krieg und Gewalt in Afghanistan beschreiten musste, bevor er in Österreich politisches Asyl erhielt und sich in Graz niederlassen konnte. Zugleich reflektiert Canbaz' Erzählung dessen bleibende Fremdheit.

In seinem Stichwort zeichnet *Benno Teschke* zuerst die historische Entwicklung des Begriffs Geopolitik nach. Vorläufer dieses Denkens wurden in einer Zeit entwickelt, als imperiale Bestrebungen danach trachteten, letzte noch nicht angeeignete Territorien zu kolonisieren. U.a. die Nazis konnten daran anschließen. Ab 1933 reift die Geopolitik zu einer offiziellen deutschen Staatswissenschaft. Sie eignete sich als Gegensatz zu marxistischen Imperialismustheorien sowie zum Internationalismus. Derzeit nehmen die oft unkritischen Bezugnahmen auf den Terminus „Geopolitik“ zu. Dies, so Teschke, sei Ausdruck der sich verändernden strategischen Geographie nach dem Kalten Krieg, weil Ressourcen-Politik für die Großmächte verstärkte Bedeutung erlangte.

Reinhart Köblers Rezensionenartikel bezieht sich auf vier Bücher, die sich mit dem postkolonialen Erinnern beschäftigen. Hierbei geht es um die Beziehungen, die zwischen Kolonialismus und Holocaust postuliert oder abgestritten werden, und eine vielschichtige Kontroverse, die zuweilen

als Historikerstreit 2.0 bezeichnet wird. Dabei wird der Streitpunkt um die Frage der Singularität des Holocaust noch einmal hervorgehoben. Es geht aber nicht darum, die deutsche Verantwortung durch Ablenkungsmanöver kleinzureden, sondern im Gegenteil eine weitergehende, den Kolonialismus mit umfassende Verantwortung einzuklagen. Die besprochenen Bücher sind die deutsche Fassung des auf Englisch schon 2009 erschienenen Buches von Michael Rothberg zu multidirektionaler Erinnerung, die ebenso provokante wie umfassende Studie von A. Dirk Moses zu einer Kritik der Grundlagen des Diskurses über Völkermord, sodann eine Studie von Steffen Klävers, die es unternimmt, die Positionen von Jürgen Zimmerer, Dirk Moses und Michael Rothberg zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust kritisch zu analysieren. Schließlich thematisiert das Buch von Charlotte Wiedemann, auch Autorin in diesem Heft, die Problematik eines kosmopolitischen oder „Weltgedächtnisses“, das dennoch in spezifischen Perspektiven steht und daher universelle Anerkennung des Leidens, aber differenzierte Empathie bedeuten könnte.

Die vorliegende Doppelausgabe, die den 43. Jahrgang eröffnet, haben wir aufgrund der Aktualität des Themas kurzfristiger als üblich geplant. Sie bietet Perspektiven aus dem Globalen Süden auf den Krieg in Europa. Vor diesem Hintergrund hat sich auch die von der deutschen Ausministerin angekündigte feministische Außenpolitik zu bewähren. Ein zweites Doppelheft zum Thema „Bildungsfalle: Bildung für alle?“ rundet diesen Jahrgang im Herbst/Winter ab. Weiter geplante Schwerpunkte sollen „Internationalismus“, „Digitalisierung“, „Racial Capitalism“ sowie „Gelebte Utopien“ beleuchten. Zu diesen und anderen Themen sind Beiträge sehr willkommen. Die entsprechenden *Calls for Papers* finden sich auf unserer Homepage, sobald sie veröffentlicht werden.

Letztmalig hat *Sarah Becklake* als englische Muttersprachlerin die *Summaries* korrigiert. Wir danken ihr herzlich dafür, dass sie diese Aufgabe seit 2008 mit Engagement und großer Zuverlässigkeit durchgeführt hat. Aus persönlichen Gründen muss sie sie nun abgeben. In eigener Sache danken wir allen Leser*innen, Abonent*innen sowie den Mitgliedern der *Wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V.*, der Herausgeberin der *PERIPHERIE*. Unsere größtenteils ehrenamtliche Arbeit ist weiterhin von Spenden abhängig. Eine für die langfristige Sicherung des Projekts besonders willkommene Förderung stellt die Mitgliedschaft im Verein dar, in der das Abonnement der Zeitschrift sowie regelmäßige Informationen über die Redaktionsarbeit enthalten sind. Wir freuen uns aber auch über einmalige Spenden. Unsere Bankverbindung finden Sie im Impressum.